

Sohrauer Stadtblatt.

Ämtliches Publikations-Organ der Behörden von Sohrau O.-S., sowie der Vereine.

Mit der Gratis-Unterhaltungs-Beilage „Illustriertes Sonntagsblatt“.

Er scheint

wöchentlich zweimal: Mittwochs und Sonnabends.
Bezugspreis: Vierteljährlich um Drei 4.00 M.,
bei allen Verkäufenden 4.50 M.

Druck und Verlag:

B. Harnol's Stadtbuchdruckerei, Sohrau O.S.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Harnol.

Anzeigen-Preis:

für die einseitige Werstzeile ober deren Raum 60 Pf.
Interarea-Monatsrate bis nachmittags 1 Uhr vor dem
Erscheinungstage.

Nr. 13.

Febr. Nr. 49.

Sonnabend, den 12. Februar 1921.

Febr. Nr. 49

43. Jahrg.

Rundschau.

Hindenburgs Bremer Kaufrede.

Bremen, 9. Februar. Generalfeldmarschall von Hindenburg vollzog gestern auf der Vulkanwerft in Begleitung die Taufe des für Hugo Stinnes neu erbauten 12000-Tonnen-Frachtdampfers „Hindenburg“. Gegen drei Uhr begab sich der Generalfeldmarschall mit dem General Ludendorff im Auto zur Vulkanwerft. In der Kaufrede sagte Hindenburg u. a.: So ziehe denn hin über das weite Meer und zeige den Völkern, daß Deutschland den redlichen Willen hat, mit allen Völkern in Frieden zu leben, solange es ihm die Ehre erlaubt, und knüpfe ein Band zwischen ihnen und uns, das die Völker einander näher bringt und den neidlosen Austausch der Erzeugnisse ihres Geistes und ihrer Hände Arbeit und ihres Fleisches ermöglicht. Das ist der treue Wunsch eines alten Soldaten. Hierauf erfolgte der Stapellauf glatt und ohne Zwischenfall. Die nach Zehntausenden zählende Menge brachte Hindenburg begeisterte Huldigungen dar.

Hindenburgs Vertrauen auf den deutschen Sieg in Oberschlesien.

Bremen, 8. Februar. Bei dem heute stattgefundenen Stapellauf des Dampfers „Hindenburg“ auf der Vulkanwerft in Begleitung erklärte der Feldmarschall einem Vertreter der „Weserztg.“ gegenüber u. a.:

Unser Unglück ist unsere Eigenbrühele. Er betonte, daß die militärischen Führer Frankreichs die Angst vor Deutschland nicht los werden könnten. Schuld daran sei vor allem die sinkende Bevölkerungsziffer Frankreichs. Das Verlangen der Franzosen nach dem Ruhrgebiet erscheint dem Feldmarschall als eine durchaus ernst zu nehmende Gefahr. Dadurch dürfe die Regierung sich aber nicht einschüchtern lassen, sondern müsse festbleiben. Das verlangt schon ihre Würde. Nach seiner Kenntnis habe sich bei den Amerikanern, die gegen uns gefochten, ein Stimmungsumschwung vollzogen. Ich habe Kenntnis von Dresden amerikanischer Soldaten, die nach Hause schrieben, daß sie auf der falschen Seite gefochten haben.

Auch der Abstimmung in Oberschlesien steht Feldmarschall Hindenburg mit Vertrauen entgegen. Die durch die Polen hervorgerufenen Vorgänge in Oberschlesien müßten abschreckend wirken. Dazu käme der Verlust der polnischen Vorkämpfer in Oberschlesien müßten abschreckend wirken. Dazu käme der Verlust der polnischen Vorkämpfer in Oberschlesien müßten abschreckend wirken.

Der bolschewistische Gedanke in Preußen flauere sich ab. Die Städte wollen von dem Kommunismus nichts mehr wissen, wie Herr v. Batocki ihm persönlich vor einigen Tagen geschrieben habe.

Die deutsche Antwort an die Entente.

Berlin, 9. Februar. Die deutsche Regierung hat die Einladung für die Londoner Konferenz unter der ausdrücklichen Voraussetzung angenommen, daß auch die deutschen Gegenentwürfe auf der Konferenz zur Beratung gestellt werden. Dazu meldet Reuters, in den Berliner britischen und französischen Kreisen werde die Antwort Deutschlands auf die Einladung zur Teilnahme an der Londoner Konferenz als befriedigend angesehen. Der Ton der deutschen Antwort sei verständlicher, als ursprünglich erwartet worden sei.

Dem Vernehmen nach werden heute Beratungen von Sachverständigen über die deutschen Gegenentwürfe beginnen. Die Beratungen dürften mehrere Tage in Anspruch nehmen und es ist daher mit irgend einer Formulierung oder gar Bekanntgabe der Gegenentwürfe in aller nächster Zeit nicht zu rechnen. An den Beratungen werden eine

ganze Anzahl von Sachverständigen teilnehmen, in erster Linie natürlich jene, die bei den Besprechungen von Spa und Brüssel zugezogen worden waren.

Amerikanische Wiedergutmachungsvorschläge.

Washington, 8. Februar. Senator Kornege hat im Senat eine Entschlossenung eingebracht, um die Frage der Abholung der Schulden der Alliierten an Amerika aufzurollen. Gleichzeitig machte er einen Vorschlag in der Entschlossenungsfrage. Dieser Vorschlag besagt: 1. Herabsetzung der deutschen Schadenerstattungssumme auf 15 Milliarden Dollar oder 28 Amuntitäten von je 1 Milliarde Dollar. In diesen Zahlen sind auch die Zinsleistungen enthalten.

2. Deutschland wird ein Kredit von 5 Milliarden Dollar in Gold für seine ökonomischen Kolonien und für die Telegraphenkabel eingeräumt, die von der Entente während des Krieges mit Beschlag belegt worden sind.

3. Die Vereinigten Staaten werden zum Ankauf der früheren Kolonien und Kabel berechtigt und zwar zum Gesamtbetrag von 5 Milliarden Dollars. Dieser Betrag wird von der Rechnung der Schulden der Alliierten an die Entente abgeschrieben.

England wird nachgeben?

London, 10. Februar. Im auswärtigen Amt verlautet, die englische Regierung werde auf die Antwort der deutschen Regierung wegen der Einladung nach London keine Antwort geben. England wolle es vermeiden, irgend welche Verpflichtungen geltend zu machen. Anscheinend halte sie nicht mehr so nachdrücklich an ihrer Erklärung fest, und nur der Zahlungsmodus, nicht die Höhe der Entschädigung werde Gegenstand der Erörterungen sein.

Du verlierst

Dein Stimmrecht, wenn Dein Name nicht in der Stimmliste steht. Hast Du Dich überzeugt, ob Du richtig eingetragen bist?

Dr. Simons feste Haltung.

Berlin, 10. Februar. Der Standpunkt des Außenministers über die Stellung Minister Simons zu den Entente-Moten wird dem „Kölnischen Anzeiger“ von einer hervorragenden Persönlichkeit, die in den letzten Tagen mit dem Minister zu sprechen Gelegenheit hatte, erklärt: Reichs-Außenminister Dr. Simons denkt gar nicht daran, die Pariser Beschlüsse anzunehmen, er würde sich selbst dann nicht fügen, wenn, was ausgeschlossen ist, im Kabinett eine Mehrheit gegen ihn zustande kommen würde. Er steht mit seinem Kopfe und mit seiner Person dafür, daß er von dem Standpunkt, den er in seiner Reichstagsrede eingenommen, nicht ein Deutliches aufgibt.

Amerika macht nicht mit.

Kopenhagen, 10. Februar. „National-Tidende“ meldet aus London: Nach einem Times-Telegramm aus New York hat der Senatsausschuß mit 14 gegen 4 Stimmen einen Antrag des Senators Cormick angenommen, wonach die Pariser Beschlüsse zum Versailler Friedensvertrag, weil sie Rechte der Union berühren, den amerikanischen Senat gefährden würden.

Was sie uns kosten.

Berlin, 10. Februar. Das Tageblatt gibt einen Ueberblick über die hohen Kosten, die Deutschland aus der Unterhaltungspflicht der Entente-Kommission erwachsen. Etwa 2500 Mitglieder von Ententekommissionen leben gegenwärtig in Deutschland auf Reichskosten. Die monatlichen Verpflegungsgelder

betragen nach einer Anordnung des General Noeller für den Präsidenten der Ueberwachungskommission 28500 M., für Generäle 21000 M., für Oberste und Oberleutnants 15000 M., Majore 13500 M., Subaltern-Offiziere 12750 M., Unteroffiziere 5575 M., Mannschaften 3500 M. Zu den Verpflegungsgeldern kommen die Kosten für die Quartiere, die beim einzelnen General monatlich rund 12000 M. betragen. Danach besteht ein Ententehauptmann mit seinem Verpflegungsgeldern bei freier Wohnung mehr als der deutsche Reichsanwalt.

Blutige Fastnacht.

Bonn, 10. Februar. Aus Aachen wird gemeldet, daß es während der Fastnacht zu ernstlichen Zusammenstößen zwischen belgischen Soldaten-Patrouillen und Zivilisten gekommen ist. Erstere mußten daraufhin Verstärkungen heranziehen und ein Haus, aus dem sie bedroht worden waren, unter Feuer nehmen, wobei zwei Personen schwer verletzt wurden. Die Straßen wurden dann mit dem Bajonett gesäubert.

Bayern wehrt sich gegen die Entwaffnung.

Berlin, 9. Februar. Aus München wird gemeldet: Nach den bis Mittag vorliegenden Nachrichten über die Beratungen des bayerischen Kabinetts wird mitgeteilt, daß die Entwaffnungsforderung der Entente nicht angenommen werden ist. In den nächsten Tagen sind Protestversammlungen gegen die Entwaffnung in ganz Bayern abberufen worden.

Die amerikanischen Mißstände.

Berlin, 7. Februar. Der Dampfer „West-Arrow“ mit den amerikanischen Milchschafen an Bord ist gestern Abend in Bremerhaven eingetroffen. Da es der Wasserstand der Weser erlaubt, ist der Dampfer fußaufwärts gefahren und heute in Bremen eingetroffen, sobald der Transport alsbald ausgeladen wird. Es handelt sich um rund 740 Kühe.

Zwangsanleihe in Polen.

Warschau, 9. Februar. Finanzminister Streckowski hat sich entschlossen, von dem Gesetz über die Zwangsanleihe Gebrauch zu machen und hat den Vizeminister Kubarski mit der Ausarbeitung einer diesbezüglichen Verfügung beauftragt. Der Entwurf der Verfügung wurde dem Minister zur Begutachtung bereits vorgelegt. Unabhängig von der Zwangsanleihe wird in weiterer Folge über den Entwurf einer einmaligen Vermögensabgabe beraten werden.

800 000 Mark für eine Wohnung.

Warschau, 9. Februar. Die Wohnungsnot ist heute ein Uebel, unter der alle Welt zu leiden hat. So toll, wie in Polen, ist sie aber wohl nirgends. Benjamins erzählt der Warschauer „Arbeitsland-Besprechung“, daß eine Baufirma, die den Bau eines vor dem Kriege begonnenen Hauses zu Ende führt, berechnet habe, daß eine Drei-Zimmerwohnung mit Küche in diesem Hause sich auf 800 000 Mark stelle. Da für Räume, deren Bau nach dem Jahre 1918 beendet wurde, kein Mieterschutz besteht, beabsichtigt der Hausbesitzer, von seinen künftigen Mietern den Mietszins für 20 Jahre im voraus von 800 000 Mark zu erheben.

Die Bolschewisten-Offensive.

Krakov, 9. Februar. Aus Stud wird „Nowa Reforma“ mitgeteilt, daß die Bolschewisten in der Umgebung Truppen in Stärke von 80 000 Mann konzentrieren. Längs der Grenze werden in aller Eile unter Mitarbeit der Stollbillerung Befestigungen und Schützengräben errichtet. Die Bolschewisten berufen immer weitere Jahrgänge ein und zwingen sogar die Bevölkerung der sogenannten neutralen Zone mit Gewalt zum Eintritt in die rote Armee.

Korfantys Rosenberger Rede.

Die Deutschnationale Volkspartei ist im Reichstage gegen Korfanty wegen seiner Rosenberger Rede vorgegangen und hat folgende

Keine Anfrage eingebracht: Nach Pressenachrichten ist gegen Korfanty wegen seiner Rosenberger Rede, in der er öffentlich zu Gewalttätigkeiten gegen die Abstammungsberechtigten aus dem unbesetzten Deutschland aufforderte, ein Strafverfahren wegen verführerischer Äußerung und Anreizung zum Klassenhass eingeleitet worden. Die Untersuchung hat die volle Bestätigung des Inhaltes jener Rede, wie sie durch die Presse ging, gebracht. Nunmehr soll das von der Interalliierten Kommission ein-gesetzte Sondergericht die Sache an sich gezogen haben. Sind diese Vorgänge in der Reichsregierung bekannt? und was beabsichtigt sie zu tun, damit Korfanty wegen seiner aufreizenden Rede, deren Nachwirkung eine ruhige und ordnungsmäßige Abstimmung in Oberschlesien gefährden, der verdienten gesetzlichen Strafe nicht entgeht?

Kotales u. Provinzielles.

Cobran O. C., den 11. Februar 1921.

§ (Die Zahl der Abstimmungsberechtigten.) Von zuverlässigen Schätzungen wird die Zahl der Abstimmungsberechtigten in Oberschlesien und im Reich, die in die Listen eingetragen sind, auf 1150000 Personen geschätzt. Da die Entzogenen noch nicht abgeschlüsselt sind, dürfte mit einem weiteren Zuwachs von etwa 50000 Stimmberechtigten zu rechnen sein. In der Liste A sind rund 900000, in der Liste B rund 200000 und in der Liste C rund 60000 Personen. Die Abstimmungsberechtigten der Liste B und C können als überwiegend deutsche Stimmen angerechnet werden. Von den in der Liste A Entzogenen dürfte mindestens die Hälfte als deutsche Stimmen angesehen werden, so daß bei vollständiger Schätzung mit etwa 70 v. H. Stimmen gerechnet werden dürfte.

§ (Zahl der Abstimmungsberechtigten in Cobran und einigen Orten der Umgegend.) Nachdem die Abstimmungslisten nahezu zusammengestellt und zur Einsichtnahme ausgelegt sind, weisen dieselben nachstehende Zahlen auf:

Cobran: Liste A 2590, Liste B 782, Liste C 74, zus. 3446. Da laut Abstimmungsreglement der einzelne Wahlbezirk nicht mehr als 800 Wähler zählen darf, so werden in Cobran 5 Wahlbezirke zu bilden sein. Jedes Wahlbüro ist je mit 4 deutschen und 4 polnischen Mitgliedern zu besetzen.
Kogonina: Liste A 308, B 26, C 2.
Kilcewo: Liste A 140, B 19, C 2.
Waronow: Liste A 320, B 54, C 3.
Ochin: Liste A 301, B 29, C —.
Eichendorf: Liste A 65, B 11, C 2.
Vorbrlegen: Liste A 70, B 5.
Kowin: Liste A 389, B 20, C 7.
Karin: Liste A 855, B 31, C 6.
Kasdroc: Liste A 261, B 13.
Wofaczyg: Liste A 260, B 19, C 1.

§ (Einspruchsfrist bis 23. Februar.) Die Interalliierte Kommission hat die Frist für Einsprüche gegen Ablehnung der Entzogenen in die Stimmlisten bis zum 22. d. M. abends 6 Uhr in Oberschlesien verlängert. Es ist hierzu erforderlich, daß die Ortsgruppen der Vereinten Verbände heimattreuer Oberschlesier die letzten Einsprüche spätestens am 16. d. M. zur Abendung bringen. Wer nicht bereits eine von dem paritätischen Ausschusse unterstempelte Mitteilung über die erfolgte Entzogenen in die Stimmlisten erhalten hat, muß sich sofort bei seiner zuständigen Ortsgruppe der Verbände heimattreuer Oberschlesier melden und Einspruch erheben, desgleichen diejenigen, denen Ablehnung oder bloß Empfangsbefristungen zugewiesen sind. Wer nicht Einspruch erhebt, verliert sein Wahlrecht.

§ (Unterhaltungsabend.) Der Deutsche Volksverein (die deutsche Ortsgruppe des Verbandes heimattreuer Oberschlesier) veranstaltet am kommenden Sonntag den 13. Februar, abends 7 1/2 Uhr in der Wollschneiderei einen Unterhaltungsabend, an dem außer einer Rede ein Theaterstück und verschiedene Vorträge gehalten werden. Der Eintritt ist frei gegen Vorlegung der Mitgliedskarte. Die Patrole am Sonntag muß daher lauten: Auf zum Volksunterhaltungsabend des Deutschen Volksvereins!

§ (Der Vorstand des Volksbildungsvereins) bittet uns um Beifügung, daß infolge plötzlicher Erkrankung des Herrn Scholz Oppeln der für Freitag abend angelegte 6. Bildungsabend verschoben werden mußte. Wann er stattfindet, wird noch rechtzeitig bekannt gegeben werden.

§ (Abbau der Brotkarte?) Der Reichs Ernährungsminister Dr. Hermes hat dieser Tage vor der Bremer Handelskammer einen Vorschlag des Herrn E. P. v. Bremen, Mitbegründer der Reichsbrotbäckerei, als höchst beachtenswert bezeichnet, wonach zum Zweck des allmählichen Abbaus der Zwangswirtschaft die Brotkarte schrittweise abzulösen wäre. Und zwar derge- stalt, daß zunächst die obersten Schichten der bemittelten Bevölkerung auf Grund des Steuer-

getells von dem Rechte der Brotkarte ausge- schaltet werden. Das solle einen Ubergang zur völligen Beseitigung der Brotkarte und zur Ab- lösung der ganzen Getreidezwangswirtschaft dar- stellen.

Es wird nun abzuwarten sein, ob die maß- gebende Stelle dieser Anregung Folge gibt. Sie ist nicht ohne Vorgang, und zwar wurde in Italien bei der Brotkartentilgung in ähn- licher Art verfahren. Italien ist nämlich gleich Deutschland für seine Volksernährung auf aus- ländische Getreidezufuhr angewiesen und muß sie ebenfalls teuer bezahlen. Damit man nun für die minderbemittelte Bevölkerung den hohen Brotpreis abbauen konnte, mußte beim Brot- kartenzugriff Steuerzettel vorgewiesen und von den bemittelten Klassen ein höherer Preis entrichtet werden, womit man einen Preisausgleich her- beiführte. Damit trug man zugleich dem Um- stand Rechnung, daß von den Bemittelten ja doch im Getreidehandel der Brotdbedarf zum Teil gedeckt wurde, was bisumlich unerwünscht auch in Deutschland geschieht. Der Vorkartent der Brotkarte nicht unbedingt bedarf, für den kann sie auch offiziell abgeschafft werden. Unter der Bedingung freilich, daß er sich zu höherer Preiszahlung versteht. Das würde demgemäß wohl auch die Begleiterfassung des in Bremen angeregt Abbau der Brotkarte sein, und eben- falls würde dadurch die sonst oft über un- vermeintliche allgemeine Erhöhung des Brotpreises zugunsten der minderbemittelten Volkskreise hinweggehalten.

§ (Die Niederschlagung der Steuer- rechte im Oberschlesien.) In Glatzland fand eine Sitzung der ober-schlesischen Gewerkschaften statt, in welcher die Niederschlagung der Steuer- rechte im Oberschlesien beschlossen und eine dahin- gehende Entschließung gefaßt wurde.

In der Entschließung heißt es: In der heutigen Versammlung haben die Vertreter sämt- licher Gewerkschaften Oberschlesiens, einmütig die der polnischen Zentralverbände, wie auch des polnischen Zentralverbandes, die Forderung ge- macht, daß die polnischen Mehrbeträge an Steuern aus dem Jahre 1920, die über die höher- en Sätze entsprechend denjenigen der Veranlagung von 1919 hinausgehen und infolge des Verbotes des 10prozentigen Zugs und Gehaltszugs für das ober-schlesische Abstammungsgebiet un- tersagt geblieben sind, gemäß den Richtlinien des hiesigen erkrankten Ausschusses des Herrn Ober- bürgermeisters Dr. Gieseler aus Glatz nieder- geschlagen und, soweit bereits bezahlt, auf die Steuern für das Jahr 1921 gutgebracht werden. Die Steuer für den Niederschlag der vollen Steuerbefreiung wird ein Einkommen bis zu 40000 Mark, die Steuer für den Niederschlag der halben Steuerbefreiung ein Einkommen bis zu 60000 Mark fest- gesetzt. Dieser Niederschlag soll auch den höheren Einkommen zugute kommen. Das Sachverhältnis in Oppeln wird ersucht, die Zustimmung der deutschen Regierung und der Interalliierten Kommission eingeholen und den Niederschlag durchzuführen. Der Präsident des Landesparlamentes in Oppeln sagte tat- sächliche Unterstützung dieser Wünsche zu.

§ (Der diesjährige Pastoralbrief des Kardinals Vertram) trägt die Ueber- schrift: „Vaterapostolat ein königliches Priester- tum“. Er wendet die katholischen Christen an ihre Pflicht, ihr Herz dem heiligsten aller Werte, der Mitarbeit an der Rettung der unsterblichen Seelen zu öffnen. Das sei das Grotentliche in unseren Tagen: Neben vielen Jagdhalten und Schlafenden doch auch ein fruchtbares Flehenwollen, ein tieferes Gesinnung des Christenbrotens, ein ch- ristliches und selbstloses Streben, der Gemeinshaft zu nützen. Dazu sei Gelegenheit bei den zahl- reichen Schulen der Ordensleute, in Elternhaus und Schule, in den Ständevereinen, den Mütter- vereinen, den Studentenvereinen, in der Presse und im katholischen Bunde. Der zweite Teil des Pastoralbriefes handelt von den Aufgaben des Vaterapostolates: Nächster Glaube, echte Verbrü- derung, wahrer sozialer Empfinden, starkmütige Ausdauer, freudiger Eifer.

§ (Wegen ein Bistum Troppan.) Aus Breslau wird gemeldet: Bischof Dr. Steine- mann, der Präsident des Breslauer Kapitels, sei dieser Tage aus Rom zurückgekehrt, wo er im Auftrag des Kardinals Dr. Vertram beim Papst gegen die Errichtung eines Bistums Troppan und gegen die Verschlagnahme der Be- stellungen des Breslauer Bistums in der Tschecho- slowakei protestiert habe.

§ (Japanische Hilfe für Deutschlands Kinder.) Wie mitgeteilt wird, hat der Be- sizer zweier der größten japanischen Zigaretten- „Loko Nisiki“ und „Djaga Nisiki“, Motoyama, 300000 Mark für die notleidenden deutschen Kinder gesammelt.

§ (1919 kein Kriegsjahr.) Bei der An- rechnung von Kriegsjahren hat Jostel darüber ent- schieden, ob auch das Jahr 1919 dafür in Betracht kommt. Das Verordnungsamt hat die An- rechnung des Jahres 1919 nicht als Kriegsjahr an- erkannt, da es sich nicht ausdrücklich darauf hingewiesen, daß eine Anrechnung des Jahres 1919 auf Grund des Dienstverhältnisses und des Mannschaf- versorgungsbereiches zunächst nur für die Jahre 1914 bis 1918, nicht aber 1919 in Frage käme.

§ (Wergis, mein Volk, die teuren Toten nicht!) Zum Andenken an die im Weltkrieg gefallenen Väter hat das Kultus- ministerium ein künstlerisches Gedenkblatt als Wandplakat geschaffen, das den Schalen in der erforberlichen Anzahl ausgehen wird, um in den Klassen Platz zu finden.

§ (Oberschlesische Kinder in Nieder- schlesien.) Die Niederlegung des Reichs- Erbes erklärt die Aufnahme von 815 ober-schlesischen Kindern, 242 finden in der Stadt, 573 auf dem Lande Unterkunft. Rittergutsbesitzer Herr- hard in Klein-Fomoro wird in Jankau in seinem Schloss das ganze Jahr hindurch unbemittelten erholungsbedürftigen Kindern immer an die Dauer von 6 Wochen freien Aufenthalt gewähren.

§ (Ein leuchtendes Beispiel von Opfer- freudigkeit) für die ober-schlesische Sache hatten die Arbeiter und Angestellten der Firma S. Frankl in Neunkopf O. B. ausgeführt. Unter dem 2. d. Mts. teilt der Leiter des Ausschusses für Uberschlesienarbeit, Fabrikbesitzer Dr. Kurt Frankl, dem Grenzpreisnachschuß mit, daß die Angestellten und Arbeiter der Firma in der Woche vom 24. bis 29. Januar 2 Uberschlesien- gelder haben und die dafür fälligen Entgelte der Grenzpreise zur Verfügung stellen. Die Summe beträgt 14477 Mark.

§ (Rundgebung zur Ausweisung des Oberregierungsrats Pitsch.) Oberre- gierungsrat Pitsch in Oppeln, Departement für das Schulwesen, ist bekanntlich auf An- ordnung der Interalliierten Kommission aus Oberschlesien ausgewiesen worden. Seine Ab- reife am Sonntag nachmittag um 5.50 nach Breslau gestaltete sich zu einer spontanen Rundgebung für das Deutschtum. Auf dem Bahnhofsplatz hatte sich die Bierschicht aller Schichten sowie höherer Gebrauchsleute und auch Väter des Landkreises Oppeln, sowie zahlreiche Beamte der Regierung, Post, Magistrate und sonstigen Behörden eingefunden. Ein Vertreter der Bierschicht richtete an den Exilierenden Worte des Dankes. Wichtigste gab er ihm das Versprechen, daß die deutsche Barmherzigkeit in seinem Sinne fortfahren wird, für die Erhaltung der Heimat zu arbeiten. Oberregierungsrat Pitsch dankte in bewegten Worten für diese Rundgebung und versprach, auch weiterhin im Reich für das bedrängte Deutschtum ein- zutreten. Er brachte ein dreimaliges Hoch auf Deutschland, die enger Heimat Oberschlesien, sowie die Stadt Oppeln und seine Bewohner aus und tief der Menge ein Willkommen im deutschen Deutschtum zu. Er sprach von dem Bahnhof wie auf dem Pitsch in die Waff, welche Ober- regierungsrat Pitsch bis auf den Bahnhof ge- führt, zu wiederholten Malen die Länder, Deutsch- land, Deutschland über all. „Die Wacht am Rhein“ und „O Deutschland hoch in Ehren“ sowie zahlreiche andere patriotische und Hymnen-lieder an. Unter nicht endemündlichen Hymnen- und Liederchören sowie Hochrufen schied sich der Tag in Oppeln.

§ (888 Mark Tages-Lohnbarkeitssteuer.) Die Ratowitzer Stadtverordneten beschließen sich mit dem Erlaß einer neuen Lohnbarkeits- steuerordnung. Man rechnet mit einer Mehr- einnahme von über 100000 Mark, auf der anderen Seite aber ist eine Verminderung der Be- wohnerschaft erforderlich. Ganz besonders hoch sollen die Löhne fest- gesetzt werden. So werden die Kammergeschäfte, die bisher 48 M., wochen- täglich und den doppelten Betrag am Sonntag als Lohnbarkeitssteuer abführen mußten, fortan durchschnittlich mit 888,90 Mark täglich besteuert werden. Die neue Steuerordnung wurde be- schlossen. Diese Steuer wird auf das Publikum abgemäht.

§ (Die Bildung eines polnischen Lehrers.) Der 18jährige 17 malige Stadtm- arbeiter Paul Kubiza aus Sudzitz bekam nach vierjährigem Studium in Krakau ein Lehrzeugnis mit 16 Stempeln und 3000 Mark vollständige Unterrichtsgebühren. — Für die Oberschlesien und ihr Bildungsbedürfnis ist nach polnischer Auffassung das Grotentliche eben gut genug. In Polen braucht man Analphabeten und Dumme, aber keine Angeklagten und Bildungsbedürftige.

§ (Pawlowitz, 10. Februar.) Am Dienstag, den 1. d. M. fand im Gasthause von Bar- cycha ein Fest des Frauenvereins von Paw- lowitz unter Leitung der Frau Baronin von Rosenfeld statt. Die Feste, die von den be- rühmtesten Damen und Herren aus Pawlowitz und Umgegend sehr zahlreich besucht war, bestand aus einem gemüthlichen Kaffe und darauf folgendem Tanz und nahm ohne Störung den schönsten Verlauf.

§ (Eichen, 10. Febr.) Von mehreren spielenden Kindern hatte sich eins im Keller des Mühl- schen Hauses verfangen und dabei die Kletter- stange gelassen. Die Hauswirts, die dies in der Dankbarkeit nicht bemerkte, riefte die Kletter- stange herunter und verletzte sie so schwer, daß sie bald darauf verstarb.

§ (Rattowitz, 10. Februar.) Der Senat der freien und Hansestadt Hamburg hat die Patenschaft für die Kreisgruppe Ratto- witz des Verbandes Heimattreuer Oberschlesier

übernommen. Der Hamburger Beschluß erfolgte einstimmig. Die Uebernahme dieser Patenschaft wird sicher dazu beitragen, den deutsch-französischen Oberfließern in dem schweren Kampfe, der ihnen aufgetragen ist, den Rücken zu stärken und beizutragen, daß dieser Kampf mit einem überwiegenden Sieg der gerechten deutschen Sache enden wird.

Kattowitz, 11. Febr. Auf der Reise von Kattowitz hierher zur Trennung wurde dem Bedächtigen von mehreren Banditen der in einem Kasten verpackte Hochzeitsstaat entziffen und der junge Mann außerdem so schwer mißhandelt, daß er ins Krankenhaus überführt werden mußte.

— Vor einigen Tagen war die 20 Jahre alte Agnes D., nachdem sie ihren Eltern 10000 Mark entwendet hatte, mit ihrem Bruder durchgebracht. Mit 22 Mark ist sie nun reichlich in das Elternhaus zurückgekehrt, das sibirische Geld war durchgebracht.

Wiesenburg, 10. Febr. Bei einem Tanzvergehen wurde der 38 Jahre alte Buhlenverwalter Max Krüger durch polnische Mörderhand erschossen.

Soborz, 10. Februar. Als sich noch eine größere Anzahl Räuber in dem Geschäftsladen des Kaufmanns Stedter anhielt, drangen plötzlich sechs bis an die Zähne bewaffnete Banditen ein. Sie hielten das Publikum und das Personal mit Revolvern im Schach und plünderten in aller Eile die Kassen, in der sie 18500 Mk. raubten. Außerdem raubten sie 1000 Rollen Zigaretten im Werte von 18000 Mk. Während dieses Vorkalles sammelte sich vor dem Laden eine große Menschenmenge, die wohl diese Räuber mit Feuerfl. verfolgte, es aber nicht wagte, gegen die Banditen vorzugehen. Da die Räuber gelang es, unbehelligt mit ihrem Raube in der Richtung Biskupitz zu entkommen.

Wyslowitz, 6. Februar. Der bekannte Singspieler des B. f. M. Wyslowitz, J. Fabian, ist von polnischen Banditen nach langer Auseinandersetzung erschossen worden. Der Grund zu dieser Missetat war folgender: J., der lange Zeit einem polnischen Sportverein angehört, hatte diesem Verein den Rückzug gegeben, und war zu seinen alten deutschen Farben, dem B. f. M. Wyslowitz zurückgekehrt. Dafür ist ihm mit dem Tode geahndet worden; nun ist er tatsächlich ein Opfer der Banditen geworden. Zwei der Mörder, die von der Menge fast erlyncht worden wären, liegen im Krankenhaus, während zwei weitere schlaflos aber die nahe polnische Grenze verschoben sind. Den deutschen Spielern dürfte dies eine Warnung sein, um sie von einem leichtsinnigen Eintreten in „polnische Sportvereine“ abzuhalten. Denn was ihnen dann beim Widertritt in deutsche Sportvereine winkt, zeigt dieser traurige Fall.

Zarnowitz, 11. Februar. Ein dieser Tage nach Schüttinger russischer Gefangenschaft zurückgekehrter Krieger hatte, obgleich er hier eine Frau besaß, in seiner Begleitung eine Russin, mit der er die Ehe eingegangen war, da er annahm, daß die Frau in der langen Zeit der Trennung gestorben sei. — Das Organell war in Begleit dieses Kreises gesehen, worauf eine Kriegerfrau, die über 2 Jahre von ihrem in russischer Gefangenschaft befindlichen Mann nichts gehört hatte und deshalb annahm, daß er gestorben sei, eine neue Ehe eingegangen ist. Jetzt ist aber ihr erster Ehemann zurückgekehrt, der Ansprüche auf seine Frau erhebt.

Oppeln, 10. Februar. Im Anschluß an die deutschen Kundgebungen bei der Abfahrt des aus Oberschlesien ausgewiesenen Oberregierungsrats Pleisch wurde eine Anzahl Verhaftungen vorgenommen, u. a. die des Fahrdienstleiters, weil er angeblich den D. B. nicht sachgemäß abgelaufen habe. Die Verhafteten wurden kurze Zeit später wieder entlassen. Weiter wurde bekannt, daß eine Ausgabe von Pässen für die nächsten Tage nicht erfolgt und daß die Veranstaltung von Berggehängen untersagt worden ist. Der Bevölkerung, die darin Bergeltungsmaßnahmen für die Kundgebungen sieht, hat sich eine starke Erregung bemächtigt. Mit der Sage haben sich bereits die politischen und Gewerkschaftsführer bemächtigt, die bei der Internationalen Kommission vorliegen zu werden beabsichtigen.

Ober-Ostgauen, 10. Februar. In einer eindrucksvollen Protestversammlung gegen den polnischen Ausschuss von Oppersdorf, die hierorts von über 1500 Personen aus Stadt und Umkreis sowie von 50 Gemeindegliedern des Abstimmungsbezirks besucht war, wurde einstimmig eine Entschliessung, die sich gegen das Verhalten des Grafen Oppersdorf wendet, angenommen.

Stadtsamstags-Nachrichten von Oppeln.
Sterbefälle.

Am 6. Februar der Pfleger Graf Stupprecht, 26 Jahre alt.

Evang. Gemeinde Sohrau.
Sonntag, den 18. Februar, vorm. 10 Uhr:
Politischer Gottesdienst.

Eine Bedienung sucht
Frau Lehrer Friedrich.

Seht die Stimmlisten ein!

Sie liegen vom 9. Februar bis 20. Februar 1921 einschließl. aus.

Die Eintragungsfrist war zu kurz und die Volkszählung überhastet. Es werden viele nicht in den Stimmlisten eingetragen sein.

Wer nicht in der Stimmliste steht, darf nicht abstimmen!

Jeder Stimmberechtigte

hat die Pflicht nachzusehen, ob sein eigener Name richtig in der Liste steht.

Jeder

prüfe, ob seine stimmberechtigten Verwandten, Bekannten und Hausgenossen in die Liste eingetragen sind.

Jeder

prüfe, ob die Namen richtig geschrieben und ob alle anderen Angaben, namentlich das Geburtsdatum richtig eingetragen sind.

Jeder

achte darauf, daß nicht Personen eingetragen sind, die kein Stimmrecht haben.

Wer

nicht in die Stimmliste eingetragen ist, muß schriftlich Einspruch erheben!

Wer

andere Fehler (z. B. fälschlich eingetragene Personen) in der Liste entdeckt, muß Einspruch erheben!

Wer Einspruch zu erheben hat, wende sich sofort an die

Ortsstellen des deutschen Plebiszitkommissariats.

Sie beraten und unterstützen in allen Fragen.

Wer nicht in der Stimmliste steht, darf nicht abstimmen!

Seht die Stimmlisten ein!

Plebiszitkommissariat für Deutschland
Dr. Urbanek.

25 000 Mark

werden auf ein größeres Gashausgrundstück hinter 25 000 Mark Sparkassengeldern gesucht. Von wem? sagt die Exped. d. Bl.

Gutes Schweineschmalz
Hd. 13,50 Mk. wieder eingetroffen.
Rotter.

Seht die Wählerlisten ein!

Die roten und grünen Legitimationskarten müssen am Wahltag dem Wahlbüro vorgelegt werden, sonst darf man nicht abstimmen. Jeder bringe deshalb, wenn er die Wählerliste einseht, seine Legitimationskarte mit und prüfe, ob die Angaben der Wählerliste mit den Angaben in der Legitimationskarte über Wohnort, Straße und Hausnummer, Kreis, Vorname, Zuname, Geburtsname, Familienstand, Geburtsdatum und Geburtsort übereinstimmen. Jeder prüfe nochmals, ob er seinen Namen auf die 2. Seite der Legitimationskarte selbst geschrieben hat, und ob die Legitimationskarte mit dem richtigen Siegel und der eigenhändigen Unterschrift des zur Ausstellung berechtigten Beamten versehen ist.

Wo die Angaben in der Wählerliste mit den Angaben in der Legitimationskarte nicht genau übereinstimmen, muß jeder dafür sorgen, daß sie in der Wählerliste oder in der Legitimationskarte — da, wo sie falsch sind — richtiggestellt werden. Die Angaben müssen übereinstimmen, sonst besteht die Gefahr, daß man nicht abstimmen darf.

Wer glaubt, abstimmungsberechtigt zu sein, und seinen Namen nicht in der Abstimmungsliste findet, muß sofort beim partitischen Ausschuß

Einspruch einlegen.

Einsprüche werden bei allen partitischen Ausschüssen und allen Ortsstellen des deutschen Plebiszit-Kommissariats entgegengenommen. Dort erhält jeder Auskunft und Unterstützung.

Deutsches Plebiszit-Unterkommissariat Rybnik.

Der Magistrat gibt durch Aushang bekannt: Seit dem 1. Januar d. J. ist Benzin im freien Verkehr bei der Deutsch-amerikanischen Petroleum-Gesellschaft, Breslau V, Neuschweidnitzerstraße 6 und den Mineralölwerken Rheinland, Klein-Gandau bei Breslau zum Preise von etwa 8,33 Mark je kg ab Lager zu haben.

Bekanntmachung.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß am alten Pölowitzer Wege Grundstücke zu Baumzwecken unter den von den k. k. Behörden festgelegten Bedingungen zum Verkauf stehen. Der Preis beträgt pro qm 50 Pf. Sohrau OS., den 10. Februar 1921. Der Magistrat. J. B.: Hoering.

Bekanntmachung.

Die Steuern für das 4. Viertel sind fällig und in den nächsten Tagen zu entrichten. Ferner werden die Mitglieder der Schif. Provinzial-Feuerzettelart ersucht, die Gebäude- und Mobilversicherungsbeträge an die Räumertasse zu zahlen. Steuern und Gebäudeversicherungsbeträge, welche bis zum 20. Februar 1921 nicht entrichtet sind, werden wir zwangsweise eingehen lassen. Sohrau OS., den 10. Februar 1921. Der Magistrat. Hoering.

Bekanntmachung.

In der Zeit vom 14. bis einschließlich 17. Februar 1921 wird die Kontrolle der Beitragseintrichtung im hiesigen Stadtbezirk fortgesetzt. Im übrigen wird auf andere Bekanntmachung vom 28. Januar c. in Nr. 10 des Stadtblattes hingewiesen. Sohrau OS., den 10. Februar 1921. Die Polizei-Verwaltung. J. B.: Hoering.

Zwangsversteigerung.

Mittwoch, den 16. Februar 1921, vormittags 10 Uhr werde ich in Rowin — Versammlung im Wosnigalschen Gasthause daselbst — 1 Paar neue engl. compl. Geschirre, 1 Sielengeschirr, 1 Trense, 1 Paar Schlittenglocken, 1 Waschtölette mit Spiegelauflaß, 2 Säulen, 1 Serviertischchen, 2 große Heiligenbilder mit Goldrahmen und 1 dunklen Stuhl öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern. Sohrau OS., den 11. Februar 1921. Müller, Gerichtsvollzieher.

Ein schön. langer Tuchtragen, ein halblanger Stofftragen und eine schön. Damentuchjacke (fast neu) stehen zum Verkauf. Wo? sagt die Exped. d. Bl.

Verloren: Schwarzled. Täschchen am Dienstag abend von Niederoorsbad bis Bahnhof, enthaltend Gelbbetrag und grüne Legitimationskarte. Abzugeben geg. Belohnung in der Expedition dieses Blattes.

Für einen kleinen Haushalt von 3 Personen wird per sofort ein

älteres Mädchen gesucht. Selbiges muß im Stande sein, den Haushalt selbständig zu führen. Gehalt nach Vereinbarung.

Frau Groll, Beuthen O.-S., Hubertusstr. 11, Gartenhaus 8. Et.

Deutscher Volksverein (Ortsgruppe heimattrauer Oberschlesier) Sohrau OS.

Sonntag, den 13. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr im Droll'schen Saale:

Unterhaltungs-Abend.

Eintritt frei — nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte. Beitrittsverklärungen werden noch bei Herrn Pollock oder beim Eintritt in den Saal entgegengenommen. Der Vorstand.

Dachdecker- und Klempnerarbeiten

jeder Art

führen aus

PAUL KUNZ & Co., Beuthen OS.,

Hubertusstraße 11.

Fernsprecher 4.

Fernsprecher 4.

Frisch eingetroffen:

In Tafel-Margarine Marke „Viola“ in 1 Pfd.-Paleten à M. 12,—
Neue Kaliforn. Ringapsel Pfd. M. 14,—
Neue Pfaffen, Backobst
ff. Bohnenkaffee, garant. reinnehmend 1/4 Pfd. M. 6,—, 7,—, 7,50
Süßen „Frank“ mit der Kaffeemühle in Röhren (Friedensware) M. 2,15
Sesfardinen nur beste Marken, in feinstem Olivenöl, in verschiedenen Preislagen empfiehlt
Feinkosthaus R. Schmidetzki.

Die Eisbahn

auf dem früheren Rimmel-Teich kann wieder befahren werden.

Johann Slekera.

Ein junger Ziegenbock

ist zu verkaufen.

Wodak, Smieschel.

!! Kammerjäger !!

Räder aus Reichenbach i. Schl. kommt in den nächsten Tagen nach dort, um sämtliches Ungeziefer unter Garantie zu vertilgen; spez. Ratten, Wanzen, Schaben-Vertilgung. Bestellungen sende man an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Ein zweispänniger, wenig gebrauchter **Arbeitswagen, ein Fleischwagen u. 1 Singer-Nähmaschine** stehen zum Verkauf bei Gastwirt Siemianowaki, Niederoorsbad.

Sohrauer Lichtspiele

Sonntag, den 13. Februar 1921:

Neues Schinger-Programm!

Abrechnung unter Komplizen.

Abenteuer-Roman in 5 gr. Akten. In der Hauptrolle: Louis Ralph.

Der Schrecken

von Mottenberg

oder: „Muschugge Ist Trumpf!“

Toller Schwanke in 2 Akten.

Kapitän Grogg im Ballon

Triekfilm.

Anfang der Vorstellungen:

4 1/2 Uhr, 6 Uhr, 8 Uhr.

Künstlerische Musikbegleitung.

Dienstag, den 15. d. Mts.

Großes

Eisbein-Essen.

Es ladet hierzu ergebenst ein Robert Dzionny.

Ausgelassenes Rindsfett

1 Pfund 13,50 M. offeriert Rudolf Maichrowitz.

Mittelgroßer Wachhund

wacht äußerst scharf, steht billig zum Verkauf. Kotromba, Bahnhofstr.

Goldene Trauringe u. Ohrringe

in jedem Feingehalt sind stets zu haben bei Engelmann, Sohrau (Rischewowka.)